

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	5/2018
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24. April 2018
Zeit:	19:00 Uhr –22:30 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Dr. Rothe und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Oppelt, von Reumont, Stadtrat K. Rupp</p> <p><u>SPD</u> Stadträte Bergsträsser, Berroth, Keller und Hertel</p> <p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Seidelmann (ab 19:10 Uhr), Stadträte Katzenstein (ab 20:15 Uhr) und Schwenk (ab 19:15 Uhr)</p>
weiter anwesend:	Herr Weiher (FB 2), Herr Horvath (FB 4), Frau Lutz und Herr Seiz (beide FB 6), Herr Rektor Joachim Philipp, Max-Born-Gymnasium (zu TOP 3); Herr Albrecht, Fachbüro R+T (zu TOP 5); Herren Jung, Pohl und Merkel, Fachbüro FIRU mbH (zu TOP 6); Herr Bender, Fa. Motolab Architekten, sowie Herren Paratsch und Clement, beide SRH (zu TOP 7); Ortsvorsteher Hoffmann
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Kaltschmidt und Betke-Hermann; Stadträte Ch. Rupp, Schimpf und Schmitz
Urkundspersonen:	Stadträte K. Rupp und Hertel
Sachvortrag:	Herr Philipp (zu TOP 3); Herr Seiz (zu TOP 4); Herr Albrecht (zu TOP 5); Herr Jung (zu TOP 6), Herr Bender (zu TOP 7)
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Der Vorsitzende des Schwimmbad-Fördervereins kündigt an, der Schwimmbad-Förderverein wolle künftig durch einen 25%-Zuschuss pro angemeldetes Kind das Schwimmen-Lernen in einem DLRG-Blockkurs unterstützen. Der Kurs findet vom 23.7. – 03.08.2018 im Freibad statt. Die Gemeinderäte anerkennen diese Initiative durch Applaus. Der Bürgermeister dankt für das jahrelange Engagement des Schwimmbad-Fördervereins und insbesondere des Vorsitzenden.

19:10 Uhr, Stadträtin Seidelmann kommt zur Sitzung.

Ein Bürger möchte wissen, wer der neue Eigentümer des Sparkassen-Parkplatzes an der Ecke Banngartenstraße ist, und wie künftig die Parkplatzanmietung geregelt sei.

Der Bürgermeister erklärt, die GmbH, die das Sparkassengebäude erworben habe, habe auch den Parkplatz mitgekauft. Die Stadt habe zwecks Errichtung des neuen Buswendeplatzes für die Grundschule den Parkplatz angemietet; die entsprechende Nutzungsvereinbarung sei mit der Käufer-GmbH abgeschlossen worden.

Die Reihenfolge der TOPs wird aus Rücksichtnahme auf die vortragenden Experten sowie Stadtrat Katzenstein in geänderter Reihenfolge behandelt: TOPs 1, 2, 4, 8, 3, 6, 5, 7, 9. Zur besseren Lesbarkeit wird im Protokoll die ursprüngliche Reihenfolge beibehalten.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 4 vom 10. April 2018**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Auf S. 4, vorletzter Absatz, ist hinter „Stadträtin Groesser“ die Fraktion („Grüne“) zu ergänzen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 4 vom 10. April 2018 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

19:15 Uhr, Stadtrat Schwenk kommt zur Sitzung.

3: **Einführung des Profulfachs Informatik, Mathematik, Physik (IMP) am Max-Born-Gymnasium zum neuen Schuljahr 2018/19**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs Bildung, Kultur und Personal ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Eingangs betont der Bürgermeister den Wert des sehr innovativen Gymnasiums für die Stadt Neckargemünd.

Herr Philipp erläutert die Vorlage und ergänzt, von 80 Gymnasien im Regierungsbezirk Karlsruhe seien nur wenige – insgesamt 25 – für das Angebot dieses sehr zukunftsweisenden neuen Profulfachs ausgewählt worden. Er bittet, die Modernisierung der Schule mit Hardware jetzt auch mit der Unterstützung der Lerninhalte zu fördern.

Herr Weiher ergänzt, von den anderen Schulen, die zu dem Angebot gehört worden seien, habe es bisher keine negativen Rückmeldungen gegeben. Die Frist laufe noch bis zum 30.04.

3.2: **Beratung:**

In allen Redebeiträgen wird die Einführung von IMP befürwortet.

Stadtrat Rehberger lobt, allein die Vorauswahl für die Einführung des neuen Profulfachs sei bereits eine Auszeichnung für das Max-Born-Gymnasium. Das Fach werde die Schule weiter zukunftsfähig machen, denn große Bereiche des Lebens werden künftig durch Informatik geprägt sein.

Stadtrat Keller spricht an, dass derzeit viele Stunden im Fach Informatik ausfallen. Werde die Schule genügend Lehrer für das neue Angebot haben?

Herr Philipp führt aus, der Unterrichtsausfall habe mit den Fortbildungen zum neuen Tablet-Projekt zu tun. Voraussetzung für das Angebot IMP sei das Vorhandensein eines ausgebildeten Informatikers – dies liege in der Person von Herrn Schwemlein vor. Im nächsten Jahr würden weitere Kollegen folgen; es werde ein Aufbaustudium Informatik angeboten. Insgesamt sei die Schule personell gut für das neue Profulfach gerüstet.

Stadträtin von Reumont betont, wenn sich die Gesamtlehrerkonferenz für IMP ausgesprochen habe, sei dies ein positives Zeichen, dass alle dahinter stehen. Welche Kosten kämen durch die Einführung des neuen Faches auf die Stadt zu?

Herr Philipp erläutert, die Schule sei bestens ausgestattet, mit 12 Klassenzimmern von 24 mit interaktiven Whiteboards, 2 neuen Computerräumen. Für die nächsten 5 Jahre werde das in jedem Fall ausreichen.

Der Bürgermeister ergänzt, hinsichtlich der Ausstattung sei die Schule stets in sehr gutem Kontakt mit der Stadt.

Stadtrat Schwenk bringt vor, die IGH habe auch vor der Entscheidung für oder gegen IMP gestanden; dort habe sich das Leitungsteam aus dem Grund dagegen entschieden, dass das etablierte Fach NWT darunter leiden könnte, da es nicht im bisherigen Umfang weitergeführt werde. Er möchte zudem wissen, ob die Räume für das neue Angebot ausreichen.

Herr Philipp antwortet, die Schulräume reichen aus. Die Schule sei durchgängig 4-zügig; in den Fachräumen gebe es noch Kapazitäten. Man halte an der Schule das neue Profilfach für eine sinnvolle Ergänzung; es sei aufgrund der anspruchsvollen Lerninhalte nicht damit zu rechnen, dass das Fach von sehr vielen gewählt würde. Man gehe davon aus, dass es eine Gruppe geben werde. Eine entsprechende Information der Siebtklässler und eine Wahl würden im Vorfeld durchgeführt. Das neue Fach sei sowohl in der Gesamtlehrerkonferenz, als auch in der Schulkonferenz befürwortet worden; es stehen also nicht nur die Lehrer, sondern auch die Schüler und Eltern dahinter.

Stadtrat Hertel wünscht für die Einführung von IMP viel Glück und Erfolg. Er lobt, dass mit diesem neuen Profilfach die bisherige Trennung von Naturwissenschaft und Gesellschaft ein Stück weit aufgelöst würde.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Einführung des Profilfachs IMP (Informatik, Mathematik, Physik) am Max-Born-Gymnasium zum kommenden Schuljahr 2018/19 zu.

Ferner beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, den entsprechenden Antrag auf Genehmigung des Profilfaches fristgerecht beim Regierungspräsidium einzureichen.

4: **Neu- und Ausbau von Bushaltestellen**

- Los 1: Bushaltestelle „Grundschule Neckargemünd“

**Neubau Buswendeanlage mit Haltestelle auf dem Parkplatzgelände
Schützenhausstraße Ecke Banngartenstraße**

- Los 2: Bushaltestelle „SRH Berufsbildungswerk“

Barrierefreier Umbau Bushaltestelle Im Spitzerfeld einschließlich Straßensanierungen

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Seiz erläutert die Vorlage kurz und betont die Schwierigkeit, für den Sommer bei vollen Auftragsbüchern der Fachfirmen eine Realisierung noch in den Sommerferien zu erreichen. Als Lösungsansatz könne die Aufhebung der Ausschreibung sowie nochmalige beschränkte Ausschreibung, beide Maßnahmen getrennt, in Frage kommen.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Keller fragt, ob man für den Fall, dass es keinen Bewerber gibt, noch ein Jahr mit der Realisierung warten könne.

Der Bürgermeister antwortet, vor allem für die SRH werde es knapp, es seien auch Zuschüsse beantragt worden. Für die SRH wäre das Baufenster Sommerferien ideal gewesen. Ggf. könne man das Fenster noch bis in den Herbst verlängern; die Baumaßnahme sollte allerdings in diesem Jahr beendet werden. Mehr Zeit gäbe es für die Buswendeanlage an der Grundschule.

Stadtrat Rehberger merkt an, auch er hätte vorgeschlagen, das Baufenster zu verlängern.

Stadträtin von Reumont führt aus, die CDU könne sich nicht recht vorstellen, dass die Umsetzung auch bei nochmaliger Ausschreibung problemlos funktioniert. Eventuell sei zu prüfen, ob man mehr Geld einplanen müsse.

Der Bürgermeister antwortet, die Stadt tätige keine Ausgaben, die außerhalb des Rahmens liegen – es existiere eine Kostenschätzung.

Stadtrat Fritsch nimmt Bezug auf den Buswendeplatz. Er sei von Eltern angesprochen worden: sei die Stadt als Schulträger verantwortlich für den Schulweg vom Buswendeplatz zur Schule – wer begleite die Schüler über die Kreuzung Elisenstraße? Vor allem für die Erstklässler sei eine Begleitung sinnvoll.

Der Bürgermeister antwortet, es seien gerade die Eltern gewesen, die auf die Einrichtung eines Buswendeplatzes außerhalb des Schulhofs gedrängt hatten – nun melden sich wohl wieder andere Eltern mit gegenteiligen Erwägungen. Grundsätzlich handle es sich um eine Schulangelegenheit, die Lehrer würden voraussichtlich am Anfang gelegentlich die Schüler begleiten. Auch werde ein Versuch stattfinden, die Banngartenstraße zur unechten Einbahnstraße zu machen. Auch dies werde Verkehr wegnehmen. Zusätzlich werde man an die Elternschaft gehen und bitten, die Kinder, die mit dem Auto zur Schule gebracht werden, nicht direkt vor dem Schultor herauszulassen.

Stadtrat Bergsträsser ergänzt, die Verkehrserziehung sei Sache der Eltern.

Stadtrat Dr. Rothe überlegt für die Bushaltestelle SRH eine Alternativlösung: da die SRH auf ihrem Gelände massiv investiere, könnte vielleicht eine der dort tätigen Firmen die Bushaltestelle mitmachen?

Der Bürgermeister erklärt, das sei nicht machbar, da es sich beim Haltestellenumbau um eine städtische Aufgabe handle.

Herr Seiz ergänzt, es sei gerade eine der in der SRH tätigen Firmen gewesen, die als einzige die Angebotsunterlagen abgeholt habe, jedoch kein Angebot abgegeben.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die getätigte Ausschreibung aufzuheben, sowie den Neubau der Buswendeanlage mit Haltestelle auf dem Parkplatzgelände Schützenhausstraße Ecke Banngartenstraße und den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle im Spitzerfeld einschließlich der Straßensanierungen erneut auszuschreiben. Hierbei ist das Baufenster weiter in den Herbst auszuweiten und eine Fertigstellung zumindest der SRH-Bushaltestelle bis zum Jahresende 2018 einzuräumen.

5: Vorstellung Radverkehrskonzept der Stadt Neckargemünd

5.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des Fachbereichs Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Albrecht stellt das Konzept anhand einer Kurzversion des Gesamtkonzeptes vor; zu letzterem hatten die Stadträte zur Sitzungsvorbereitung bereits elektronisch über einen Link Zugang. Die Kurzversion wird dem Protokoll als Anlage beigegeben.

Der Bürgermeister ergänzt, mit dem vorliegenden Konzept erhalte man viele Anregungen. In der letzten Zeit habe es sehr intensive Gespräche mit den Behörden gegeben, um den bestehenden Angebotslücken an den Hauptachsen Ngd – Heidelberg und Ngd- Bammental zu begegnen.

5.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein führt aus, das heute zu behandelnde Thema sei ihm ein Herzensanliegen. Das eigentliche Konzept verstecke sich in der Tabelle, die viele gute Vorschläge enthalte. Ärgerlich sei, dass das Konzept nicht schon bei der letztjährigen Fahrbahnsanierung der B 37 bereits berücksichtigt worden sei.

Er stellt verschiedene Detailfragen, die im Verlauf der Diskussion von Herrn Albrecht beantwortet werden (Antworten *kursiv gedruckt*):

In absehbarer Zeit werde die Stadt zum Lärmschutz voraussichtlich auf der Bahnhofstraße / Neckarsteinacher Straße Tempo 30 bekommen. Seien die vorgeschlagenen Maßnahmen dennoch möglich?

- Das Vorhandensein von „Tempo 30“ werde kein Problem für die vorgeschlagenen Radverkehrsanlagen sein.

Stadtrat Katzenstein vermisst die **Planung, wie der aus Richtung Kleingemünd kommende Radverkehr in die Altstadt geführt werden solle**. Auch fehlen ihm **Aufstellflächen** u.a. auf der großen Kreuzung – diese seien ein enormer Sicherheitsgewinn.

- Zu den Aufstellflächen: in den Planungen, die das Radverkehrskonzept aufweist, seien diese nicht enthalten, da zumeist nicht benötigt. Von Norden kommend wäre wahrscheinlich eine gewisse Aufstellfläche erforderlich, dies sei allerdings noch nicht überprüft worden.

Könne man legalisieren, dass Fahrräder die Hauptstraße in Gegenrichtung (Stadttor – Hanfmarkt) herunter fahren können?

- Dies werde nicht möglich sein; es müsse eine Straßenbreite von durchgängig 3 m geben, dies liege nicht vor, auch problematisch seien das Gefälle der Straße und die häufigen Busdurchfahrten. Daher habe man sich dagegen entschieden.

Zusätzlich berichtet Stadtrat Katzenstein von den Gesprächen im Verkehrsministerium, die er unter Beteiligung der Bürgermeister Volk und Karl, Herrn Thewalt (Stadt HD), sowie Teilnehmern des Regierungspräsidiums und des Verkehrsministeriums über alle drei Radwegkonzeptionen des Landes geführt habe (zuletzt im März):

Zum Radweg B 45 nach Bammental: Alle seien einig, dass eine Führung entlang der Fahrbahn notwendig sei. Allerdings gehe das Landschafts- und Wasserschutzgebiet

bis an die Fahrbahn. Es sei nun zu klären, ob die Naturschutzbehörde bereit wäre, die Grenzen etwas zu verschieben. Hierzu gebe es vorsichtig positive Signale. Das Regierungspräsidium habe allerdings signalisiert, es gebe derzeit keine Planungsressourcen.

Zum Radweg Ngd – Heidelberg auf Kleingemünder Seite: Dies sei bisher die bevorzugte Variante; die Finanzierung stehe. Es hätten bereits Vermessungen stattgefunden. Noch nicht endgültig entschieden sei, ob der Fahrradweg nur auf einer Straßenseite im Zweiwegeverkehr oder jeweils mit einer Fahrspur auf beiden Straßenseiten geführt werden solle. Mit einem Baubeginn in den 20er Jahren sei zu rechnen.

Zum Radweg Ngd – HD auf der B 37: die fast schon tot geglaubte Idee, den Radverkehr auf einer neckarseitigen Fahrspur auf einem komfortablen 2-Richtungs-Radweg anzulegen, sei bisher an der Weigerung des Bundesverkehrsministeriums gescheitert. Allerdings biete die StVO die Möglichkeit eines „Verkehrsversuches“, der wissenschaftlich begleitet würde, um die Akzeptanz einer derartigen Wegeführung durch die Wegnahme einer Autospur in Richtung Heidelberg zu testen. Beim genannten März-Termin seien die Bürgermeister sehr angetan von dieser Idee gewesen, und sehen eine Möglichkeit, hier positiv weiterzuverhandeln. Im Mai sei diesbezüglich ein Behördengespräch geplant – sollte ein solcher Verkehrsversuch befürwortet werden, wäre das ein großer Durchbruch.

Bürgermeister Volk ergänzt, es sei wichtig, einen Versuch vorzunehmen und reelle Erfahrungen zu gewinnen.

Stadtrat Rehberger führt aus, den Freien Wählern gefalle das Radverkehrskonzept sehr gut – es zeige auf, wo es in Neckargemünd Schwachstellen gebe. Schade, dass im letzten Jahr die B 37 ohne Berücksichtigung des Radverkehrskonzeptes realisiert worden sei. Hier seien nun aufgrund der frisch gemachten Straße keine größeren Umbaumaßnahmen mehr denkbar. Zur Radwegsplanung Wiesenbacher Straße: es sei ein Unding, dass man 3 x die Straßenseite wechseln solle, bis man zum Kalkbrunnen gelange. Zur Radwegsplanung Neckarsteinacher Straße: Es sei nicht leicht, mit dem Rad zu den Supermärkten zu kommen. Das Radverkehrskonzept sehe er als eine Art „Überschrift“, wie das Klimaschutzkonzept und das Stadtleitbild, das bei Planung und Realisierung größerer Maßnahmen mit berücksichtigt werden solle. Kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der Radfahrer-Führung könne man gewiss einfach umsetzen. Das Konzept werde die Stadt noch viele Jahre beschäftigen. Zu beachten sei auch, dass die Stadt nicht nach freiem Ermessen Maßnahmen umsetzen könne, da es sich zum Teil um Bundes- und Landesstraßen handelt, die Stadt auch keine Untere Verkehrsbehörde sei und alle Anordnungen zuerst beantragen müsse. Er fragt, wie hoch die Kosten überschlägig sein könnten, wenn man alle Maßnahmen kompakt umsetzen würde.

- *Herr Albrecht antwortet, insgesamt könne man mit etwas über 2 Mio Euro rechnen; inkludiert seien dabei 2 – 3 große Maßnahmen, wie etwa die Umgestaltung der Bahnhofstraße mit ca. 600.000 Euro.*

Der Bürgermeister ergänzt, der Anteil der Stadt Neckargemünd, d.h. Strecken, bei denen die Straßenbaulast bei der Stadt liegt, wäre ungefähr eine halbe Million Euro, Zuschüsse noch nicht berücksichtigt.

Stadtrat Berroth äußert den Dank der SPD für das Konzept. Die nächste Aufgabe werde die Festlegung einer Prioritätenliste sein. Auch er sieht das Straßenseiten-Wechseln auf der Wiesenbacher Straße als unreal an. Er relativiert den Ärger über die Nichtbeachtung des Radverkehrskonzeptes bei der Fahrbahnsanierung im letzten Jahr: das Regierungspräsidium habe die Hauptverantwortung getragen und hätte ggf. auf Radverkehrsführungen hinweisen müssen.

Stadtrat Berroth bittet darüber hinaus um Aufnahme des befestigten Waldweges von der Rainbach in den Dilsbergerhof – dieser Weg werden von den Radfahrern aus Dilsbergerhof sehr gerne genutzt, und falls er als Nebenroute ins Radverkehrskonzept aufgenommen sei, müsse der Forst ihn frei halten.

Stadtrat Keller regt an, die Befahrbarkeit der Eisenbahnbrücke mit dem Rad sicher zu stellen.

Herr Seiz antwortet, auf der Nordseite der Eisenbahnbrücke sei die Anbringung von 2 Auffahrtsrampen in diesem Jahr geplant, entsprechende Förderanträge seien gestellt worden.

Der Bürgermeister erläutert, die Fahrbahnsanierung im letzten Jahr erlaube durchaus künftige Änderungen, man habe nichts vertan. Wenn für die Radfahrerführung Streifen entlang der Straße angebracht würden, wären das keine größeren baulichen Veränderungen. Ein Aufbringen von Markierungen auf der geschlossenen Fahrbahndecke wäre möglich.

Stadträtin von Reumont betont, der Vortrag habe die Herangehensweise an das Konzept sehr gut verdeutlicht. Sie möchte wissen, ob das Konzept dynamisch anpassbar sein werde. *Dies wird von Herrn Albrecht bejaht.*

Stadtrat Bergsträsser bittet um Aufnahme eines Lückenschlusses in der Radführung zwischen Mückenloch und dem Neckarhäuserhof; die Stelle sei sehr steil und erfordere derzeit eine zweimalige Straßenquerung.

Anschließend gibt Stadtrat Katzenstein ein Statement ab, in dem er die Freude über das Radkonzept thematisiert, die Realisierung, die Mittelbereitstellung und die Zeitdauer für die Umsetzung des Konzeptes. Er bittet den Gemeinderat, das Radverkehrskonzept zu befürworten.

Er bittet die Verwaltung zusätzlich, in den Beschluss mit aufzunehmen, dass die vorgeschlagenen Markierungen am Melacpass und Bahnhof angebracht werden sollen, als erstes Markierungen bzw. Schutzstreifen entlang der Julius-Menzer-Straße bergauf vorgenommen werden, mit Maßnahmen im Wiesenbacher Tal zu beginnen sowie, dass die Verwaltung den Gemeinderat in einem Jahr über die Umsetzung berichtet. Sinnvollerweise solle eine Abstimmung mit den Radverkehrskonzepten von Kreis und Land stattfinden.

Der Bürgermeister möchte am Beschlussvorschlag der Vorlage festhalten, da die ersten drei genannten Maßnahmen nicht in der Macht der Stadtverwaltung liegen; er sagt jedoch zu, den Rhein-Neckar-Kreis um die Prüfung der genannten Maßnahmen zu bitten. Die Verwaltung werde tun, was sie kann.

Einiges werde einfach umzusetzen sein, den Großteil der Maßnahmen müsste die Stadt allerdings beantragen. Er könne zusagen, dass die Verwaltung das Konzept durcharbeiten werde und Prioritäten festlegen, wo eine zügige Umsetzung möglich ist.

5.3: **Beschluss:**

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, das Radverkehrskonzept Neckargemünd zu verfolgen. Dabei sind zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes gezielt Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Steigerung des Radverkehrsanteils führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig die formulierten Zielstandards in der Regel bei geplanten Neu- und Umplanungen der Radverkehrsinfrastruktur einzuhalten.

6: **Südöstliche Ortserweiterung – VI. Teiländerung im vereinfachten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a Baugesetzbuch im Bereich Wiesenbacher Straße 7 / Alter Postweg - Offenlage**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Jung erklärt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, die Umentwicklung des Plangebiets und nimmt insbesondere Bezug auf die Änderung in Wohnbauflächen und die notwendige Terrassierung des Geländes aufgrund des Gefälles.

Der Bürgermeister bittet um Prüfung, ob auf dem Bebauungsplan-Entwurf links unten die Pegelwert-Karten hinsichtlich Tages- und Nachtzeiten vertauscht sind. Dies müsse vorab geklärt werden.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger äußert sich für die Freien Wähler positiv, dass auf dem Gelände nun Wohnbebauung kommen solle. Hier weiter Gewerbe vorzusehen, sei kontraproduktiv, denn ringsherum gebe es hauptsächlich Wohnbebauung. Er betont den Wert der Innenverdichtung gegenüber weiterem Flächenverbrauch, und hofft, dass an dieser Stelle auch Menschen mit „kleinerem Geldbeutel“ Wohneigentum erwerben könnten.

Stadtrat Hertel stellt einige Detailfragen, die von Herrn Jung jeweils direkt beantwortet werden (*Antworten kursiv gedruckt*):

Werde das Gelände an der Wiesenbacher Straße als kleines Mischgebiet erhalten bleiben? – *Ja.*

Optimalerweise solle ein Bebauungsplan auch losgelöst vom aktuellen Bauvorhaben funktionieren. **Wie liegen in Baufenster 1 die Höhen im Vergleich zu den Nachbargebäuden?** – *Da das Gebäude zweigeschossig ist, werden die Höhen in*

etwa gleich sein. Herr Pohl ergänzt: das Gebäude in der Wiesenbacher Str. 5 sei wesentlich höher, das Gebäude Haus-Nr. 9 entspreche in etwa den Höhen der Planung.

Der Bürgermeister erklärt, in der Planung habe man den Bebauungsplan aus Einfachheitsgründen an den künftigen Bauantrag angepasst. Sollte in späteren Zeiten etwas anderes gewünscht sein, wäre eine Änderung des Bebauungsplans möglich. Insgesamt übertreibe die Bauherrschaft nicht mit ihren Vorstellungen.

Solle die Privatstraße, die im Gelände liegt, als Verbindung zwischen Altem Postweg und Wiesenbacher Str. gelten? – Die Straße sei vor allem für die Anwohner gedacht.

Der Bürgermeister ergänzt, die Stadt habe bereits mit der Bauherrschaft darüber gesprochen, dass es in der Straße zu Schleichverkehr – Umgehen der Kreuzung – kommen könne, und dieser durch Poller o.ä. unmöglich gemacht werden solle.

Stadtrat Fritsch mahnt ebenfalls, dass bei einer Ausfahrt auf den Alten Postweg vor allem im Rahmen des Schulverkehrs zahlreiche Fußgänger, Radfahrer und Busse unterwegs seien.

Der Bürgermeister antwortet, die Straßenverkehrsregeln an dieser Stelle seien eindeutig: wer aus dem Privatweg ausfahren wolle, müsse warten.

Stadträtin Seidelmann empfindet die Innenverdichtung als positiv und erkundigt sich nach dem Artenschutz.

Herr Jung antwortet, dieser werde im Bauantragsverfahren nochmals geprüft.

Stadträtin von Reumont merkt an, dass auf der Darstellung des Flächennutzungsplans in der Vorlage Platz für eine Stadthalle vorgesehen sei.

Herr Jung antwortet, dass bei der Aufstellung des damaligen Flächennutzungsplans tatsächlich hierfür einen Platz vorgesehen gewesen sei.

Stadtrat Wachert signalisiert ebenfalls Zustimmung zur Planung und hofft, dass auch preisgünstige Häuser angeboten würden. Allerdings vermisst er das Gewerbe; er hätte sich an dieser Stelle gut Einkaufsmöglichkeiten vorstellen können. Die Stadt solle ein Augenmerk auf den Erhalt des Gewerbes haben, da die Anzahl der Betriebe und somit die Gewerbesteuererinnahmen gering seien.

Stadtrat Keller möchte wissen, ob im allgemeinen Wohngebiet gewerbliche Nutzungen möglich sei würden.

Herr Jung antwortet, nicht störende Betriebe seien zulässig.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Bebauungsplan „Südöstliche Ortserweiterung – VI. Teiländerung“ im vereinfachten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a Baugesetzbuch zu ändern. Gegenstand der Änderung ist eine Wohnbaufläche im Bereich Wiesenbacher Straße 7 / Alter Postweg.

Der Änderungsentwurf in der Fassung vom 10. April 2018 wird gebilligt.

20:15 Uhr, Stadtrat Katzenstein kommt zur Sitzung.

7: **Bebauung des Grundstücks Flst. Nr. 589/4, Bahnhofstraße 58**
- Vorstellung der mit den Nachbarn abgestimmten Planvariante

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister führt eingangs aus, er bewundere, mit welchem langem Atem zwischen SRH und Nachbarn verhandelt wurde, und wie die SRH auf die Vorschläge der Nachbarschaft eingegangen sei.

Herr Paratsch erklärt, es sei viel Mühe auf die Lösungsfindung verwandt worden. Die SRH sei sehr an zukunftssträchtigen Lösungen orientiert, denn sie müsse modern gehalten werden. Dem entspreche auch das Konzept, die Wohnungsanmietungen für die betreuten jungen Leute in größere „Boarding-Houses“ überzuführen, so dass auch Wohnraum wieder frei werde. Er bittet darum, den Baufluchtenplan zu ändern oder aufzuheben, damit der Entwurf von Architekt Bender umgesetzt werden könnte.

Anschließend stellt Herr Bender seinen Entwurf mit einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Er erläutert, die Lösung orientiere sich an dem Wunsch, dass die angrenzenden Wohnhäuser hinsichtlich der Lichtverhältnisse möglichst wenig beeinträchtigt werden. Aus seiner Sicht tun die Gestaltung des Gebäudes und der entstehende Platzcharakter dem Stadtbild an dieser Stelle gut. Bis auf den Nachbarn im Norden seien die Baufluchten eingehalten. Mit diesem Nachbarn konnte vereinbart werden, dass auf die Grenze gebaut werden könne. Die vorgesehene „offene Treffzone“ in der Mitte des EG und OG habe mit ihrem Atrium-Charakter schon bei anderen ähnlichen Gebäuden sehr gut funktioniert; die Zimmer gruppieren sich um den gemeinsamen Raum herum. Das Terrassen-Haus sei im Verlauf des Planungsprozesses deutlich reduziert worden. Insgesamt entspreche die Verdichtung des Grundstückes in etwa dem Bestand in der Nachbarschaft. In den Absprachen mit den Angrenzern seien zusätzlich viele Details festgelegt worden, die die Grundlage für die weitere Planung bilden.

Frau Lutz ergänzt, ein sich aus dieser Planung ergebender Bauantrag müsse im Gremium wiederum vorgelegt werden. Wichtig sei, dass die Planung nicht dem alten Baufluchtenplan von 1958 entspreche. Es sei also eine Befreiung oder Herausnahme des Grundstückes aus dem Baufluchtenplan erforderlich. Der Planer wolle nun wissen, ob er die vorgelegte Planung weiter verfolgen könne.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger lobt, dass das von allen gemeinsam erzielte Ergebnis aller Ehren wert sei. Man solle sich über den über 60 Jahre alten Baufluchtenplan gewissermaßen hinwegsetzen, die Planung so hinnehmen und der gefundenen Lösung zustimmen. Er dankt der SRH, die sich mit allen Betroffenen zusammengesetzt habe.

Stadtrat Wachert befürwortet ebenfalls die einvernehmliche Planung. Er äußert den grundsätzlichen Wunsch, dass sich alle Bauplaner im Vorfeld mit der Nachbarschaft in Verbindung setzen.

Stadtrat Fritsch ist zufrieden, dass die Wohnqualität der Jahnstraße erhalten geblieben ist.

Stadträtin von Reumont hält kurze Gegenrede zu Stadtrat Wacherts Ausführung: sie finde nicht, dass man die Nachbarn vorab fragen muss, wenn man ein Bauvorhaben plant. Der SRH gelte großer Dank, dass sie so stark auf die Nachbarschaft zugegangen sei. Die SRH müsse Planungssicherheit haben, es sei ein guter Kompromiss gefunden worden.

Auch Stadträtin Groesser signalisiert seitens der Grünen Zustimmung. Sie möchte wissen, für wie viele Personen das Gebäude vorgesehen sei. Sie geht davon aus, dass dann wieder Wohnungen für den Wohnungsmarkt frei werden.

Herr Bender antwortet, zwischen 24 und 28 Personen, die genaue Anzahl müsse mit der Sozialpädagogik noch abgestimmt werden.

Herr Paratsch ergänzt, in diesem Boarding House sollten junge Leute aufgenommen werden, die schon selbständig leben können. Man werde mit der Bewohnerzahl wohl an die obere Grenze gehen, da die gegenwärtige Planung teurer sei als die ursprüngliche.

Stadtrat Katzenstein erinnert an wettergeschützte Fahrradanlagen. Diese seien, so Architekt Bender, bereits vorgesehen.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat billigt einstimmig die mit den Nachbarn abgestimmte Planvariante und befürwortet die weitere Umsetzung durch die Bauherrschaft.

8: **Schöffen für die Geschäftsjahr 2019 bis 2023**
- Vorschlagsliste zur Einreichung beim Schöffenwahlausschuss

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Fachbereichs Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt. Herr Horvath erläutert die Vorlage kurz.

8.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorliegende Vorschlagsliste zur Einreichung an den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Heidelberg.

9 . Mitteilungen und Anfragen

- 9.1: **Rechtsstreit Deutsche Bahn wegen Schlusszahlung S-Bahn-Halt Altstadt**
Der Bürgermeister berichtet, die Deutsche Bahn AG habe dem Vergleichsangebot zugestimmt.
- 9.2: **Mangel an Ständen und Fahrgeschäften für die Mückenlocher Kerwe**
Stadtrat Bergsträsser, zugleich Ortsvorsteher von Mückenloch, führt aus, die Stadt gebe insgesamt rund 148.000 € jährlich für Feste aus. Problematisch sei, dass es äußerst schwierig sei, Standbetreiber und Fahrgeschäfte für die Mückenlocher Kerwe zu finden. Es sei bedauerlich, dass es für Jugendliche keine passenden Fahrgeschäfte geben werde.
- 9.3: **Park-Kontrollen im Neckarhäuserhof**
Ortsvorsteher Bergsträsser möchte wissen, ob der Gemeindevollzugsdienst schon dort gewesen sei. Er sei von Bürgern angesprochen worden; gewisse Parkplätze seien schon seit Jahren „belagert“. Es sei ironisch angefragt worden, ob man jetzt Parkplätze anmieten solle.
Der Bürgermeister antwortet, er gehe davon aus, dass der Gemeindevollzugsdienst auch schon den Neckarhäuserhof aufgesucht habe. Die verstärkten Kontrollen zeigten jetzt Wirkung; die StVO gelte für ganz Neckargemünd. Man müsse bedenken, dass nicht alle Beschwerden Hand und Fuß haben; die meisten stellen sich bei genauerer Überprüfung als falsch heraus.
- 9.4: **Sozialer Wohnungsbau**
Stadträtin Groesser erkundigt sich nach dem Zeitplan der Verwaltung zur Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus.
Auch Stadträtin von Reumont betont die Priorität für den sozialen Wohnungsbau. Der Bürgermeister antwortet, die Verwaltung könne die Aufgaben nur nach und nach abarbeiten, nicht alles gleichzeitig. Gegenwärtig bestehe das Problem, dass dringend Quartiere für Obdachlose und Flüchtlinge bereitgestellt werden müssen. Der Druck sei sehr hoch, da in diesem Jahr weitere 60 Flüchtlinge unterzubringen sind, zusätzlich die Obdachlosenzahlen steigen. Daher arbeite die Verwaltung vordringlich an dieser Problematik. Den sozialen Wohnungsbau habe man nicht aus den Augen verloren, müsse sich zunächst aber mit den drängendsten Aufgaben auseinandersetzen. Die Verwaltung sei derzeit mit mehreren Hauseigentümern im Gespräch bezüglich Unterbringungsmöglichkeiten. Er ruft die Stadträte erneut dazu auf, ihm Adressen zu nennen, falls ihnen leer stehende Wohnungen oder Häuser bekannt seien.
- 9.5: **Geschwindigkeitsmessgerät Wiesenbacher Tal**
Stadtrat K. Rupp fragt, ob bekannt sei, warum das Geschwindigkeitsmessgerät im Wiesenbacher Tal schon seit längerer Zeit nicht funktioniert.
Der Bürgermeister sagt zu, die Verwaltung werde sich darum kümmern.
- 9.6: **Sachstand Glyphosat-Nutzung**
Stadtrat Katzenstein regt an, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen informiert, auf welchen Flächen Glyphosat angewandt werde.

Der Bürgermeister antwortet, die Stadtgärtnerei setze kein Glyphosat ein. Was die Bauern auf ihren Feldern verwenden, darauf habe die Stadt keinen Einfluss; eventuell könne es sinnvoll sein, ein entsprechendes Verbot in die Pachtverträge einzuarbeiten.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat K. Rupp

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel